



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die deutsche Frage in den sächsischen Kammern : Herr von Carlowitz und
die erste Kammer.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die deutsche Frage in den sächsischen Kammern.

Herr v. Carlowitz und die erste Kammer.

„Das Ministerium erwartet mit Sehnsucht den Augenblick, wo es sein Verfahren in der deutschen Frage vor den Kammern rechtfertigen wird.“ So ohngefähr ließ sich die Leipziger Zeitung, das Organ der Regierung, kurz vor dem Beginne des Landtags vernehmen. Der Landtag trat zusammen, aber die erwartete Vorlage blieb aus — die Sehnsucht des Ministeriums nach Rechtfertigung seines Verfahrens mußte also wohl so groß nicht sein. Größer schien dessen Besorgniß wegen der Stimmung der Abgeordneten in Betreff der deutschen Frage. Mit schlechtverhehlter Angstlichkeit suchte man die Einzelnen auszuforschen, auch zu gewinnen. Den phantasiereichen sprach man von neuen, großartigen Einigungsplänen, von der Gewinnung Oesterreichs, von dem „europäischen Mittelreich von 70 Millionen.“ Die ängstlichen schreckte man durch bedeutsame Winke über eine nicht zu vermeidende Kammerrauflösung, wenn in dieser wichtigen Frage die Mehrheit sich gegen das Ministerium erklären sollte. Wieder andre glaubte man durch Zuversicherungen aller Art zu bestechen. Die lebhafteste Sorge verursachte den Ministern die Ungewißheit: wie sich Herr v. Carlowitz in dieser Sache zu ihnen stellen werde. Herr v. Carlowitz war bis zum Jahre 1846 der gewaltigste, einflußreichste Redner in der ersten Kammer und als Führer der Aristokratie, abwechselnd bald der gefürchtete Gegner, bald der gewichtige Bundesgenosse der Regierung gewesen. Nach dem Landtage von 1845 — 46 hatte der König ihn in das Ministerium berufen. Im März 1848 mußte er mit diesem abtreten; doch folgte ihm unter allen seinen Collegen der geringste Haß und die größte Achtung von Seiten der öffentlichen Meinung; sein offener, fester Charakter, seine zwar aristokratischen, aber die kleinlichen bureaukratischen Maßstäbe seiner Collegen weit überragenden Ansichten nöthigten auch dem politischen Gegner Anerkennung ab, und sein Benehmen bei der Krisis des März, dem man theilweise die unblutige Lösung zuschrieb, sicherte ihm einen Anspruch auf die Dankbarkeit des Volkes, der, wenn auch damals von der hochgehenden Bewegung überflutet, doch bei wieder

Grenzboten II. 1850.

hergestellter Beruhigung der Gemüther zur Geltung kommen mochte. Während der drangvollen Zeiten 1848 und 1849 hielt sich Carlswitz zurückgezogen, aber bei den Wahlen zum Landtage als Candidat aufgestellt und für die erste Kammer gewählt, nahm er die Wahl an, obschon er inzwischen seine sämmtlichen Güter im Sächsischen verkauft und sich in Preußen angesiedelt hatte, also kaum noch recht seiner bisherigen Heimath angehörte.

Dieser Mann nun, der durch Geburt und Reichthum zur höchsten Aristokratie zählte, den diese so viele Jahre lang als ihren Führer verehrt hatte, der als Rathgeber der Krone der Person des Monarchen nahe gestanden, der allgemein als der Vertreter streng conservativer Grundsätze galt, erklärte sich entschieden gegen die Politik des Ministeriums in der deutschen Frage. Wie man später erfuhr, hatte er aus diesem Grunde im Mai 1849 den Auftrag abgelehnt, als Bevollmächtigter Sachsens zu den Conferenzen in Berlin zu gehen; schon damals traute er dem Minister des Auswärtigen „kein deutsches Herz“ zu.

Die Agitation für den Bundesstaat unter Preußens Vorstand und die Opposition gegen die sich mehr und mehr nach Oestreich hinneigende Politik des Ministeriums war bis dahin fast lediglich in den Händen von Mitgliedern und Anhängern der sogenannten Gotha'schen Partei gewesen. Der Landeswahlausschuß, der im Sommer 1849 unter Mitwirkung der beiden ehemaligen Märzminister Braun und Georgi zusammenzutreten versuchte, wollte das Programm von Gotha zu dem seinigen machen; allein er löste sich unverrichteter Sache auf, und als die Reste desselben im October vor. J. eine allgemeine Versammlung von Vertrauensmännern nach Riesa beriefen, da war der deutsche Gedanke so sehr vor dem speciell sächsischen in den Hintergrund getreten, daß lediglich der letztere, nicht jener das entscheidende Moment bei der Aufstellung von Candidaten abgab. Nur in Leipzig hatte sich eine Partei gebildet, welche den Gedanken des deutschen Bundesstaates mit parlamentarischer Regierung, also unter den gegebenen Verhältnissen die Verfassung vom 26. Mai als Lösungswort bei den Wahlen auf ihre Fahne schrieb. Aber so schwach und vereinzelt war damals noch diese Richtung, so wenig vermochte sie gegen die, nur auf Unterdrückung der Demokratie und auf Unterstützung der Regierung um jeden Preis hindrängende Befangenheit der conservativen und specifisch sächsischen Partei aufzukommen, daß sie genöthigt war, gerade diejenigen ihrer Candidaten, die sie als die entschiedensten Vertreter der deutschen Idee vorangestellt hatte, fallen zu lassen und neben einem einzigen sichern und einem zweiten halb sichern Anhänger der Dreikönigsverfassung auch zwei Candidaten mit in den Kauf zu nehmen und zu unterstützen, von denen der eine in Bezug auf seine deutsche Politik sehr zweifelhaft, der andere ein entschiedener Großdeutscher war.

Auf dem Landtage selbst fanden die Gothaner für nothwendig, mit ihren Wünschen etwas zurückzuhalten, um nicht ihrer eignen Sache zu schaden, wohl gar

persönlicher Absichten beargwohnt zu werden. Zwar zeigten sich unter den Abgeordneten stärkere und verbreitetere Sympathien für den Bundesstaat, als man anfänglich geglaubt; allein die Meisten schienen Bedenken zu tragen, damit offen und entschlossen hervortreten; sie wünschten die Entscheidung so lange als möglich hinauszuschieben, und sahen es nicht gern, wenn Jemand sie zu einem festen Entschlusse drängte. Die deutsche Frage ward daher im Club der Rechten während der ersten Zeit wie ein *Noli me tangere* behandelt; ihretwegen hauptsächlich unterblieb die Abfassung einer Adresse, weil man durch vorzeitiges Anrühren dieser Frage deren Erfolg zu gefährden fürchtete. Auch nachher wartete und wartete man, täglich dem Eintreffen der von der Regierung verheißenen Vorlagen entgegensehend. Da warf Carlowiz, wie zwei zündende Bomben, erst seine Interpellation wegen dieser Vorlagen, dann seinen Antrag auf Wiederbescheidung des Verwaltungsrathes und sofortige Wahlen zum Reichstage in die überraschten Kammern hinein. Carlowiz hatte sich geflüffentlich von der Partei der Rechten fern gehalten, daher auch Niemand in den Kammern von seiner Absicht vorher in Kenntniß gesetzt war. Schon zuvor verlautete, daß die Regierung ihre Vorlage zunächst an die erste Kammer bringen werde. Dies geschah nun auch bald nach Einbringung des Carlowiz'schen Antrags. Das Ministerium mochte wohl seine guten Gründe haben, weshalb es der ersten Kammer die Priorität in dieser Frage zuschob; es hatte, wie sich später auswies, nur zu sicher berechnet, um wie viel besser seine Actien dort ständen als in der zweiten Kammer. Die Bundesstaatspartei war mit ihrem Calcul nicht so im Reinen; auch erschien das Vorgehen des Herrn v. Carlowiz als ein für das Gelingen der Sache so wichtiges Ereigniß, daß man darüber vergaß, ob es nicht besser wäre, der andern Kammer den Vortritt in dieser Sache zu verschaffen. Der Autoritätsglaube und die Rücksichtnahme nach obenhin, zwei in Sachsen vorzugsweise verbreitete Eigenschaften, fanden im entschlossenen Auftreten eines so hochgestellten Mannes in dieser Frage eine starke Ernuthigung zum Betreten desselben Weges und eine Beschwichtigung der eignen Bedenken. Die Verdächtigung, welche bisher rücksichtslos die Anhänger des Bundesstaats als verkappte „Wähler“ oder als „müßige, ehrgeizige Köpfe“ verfolgt hatte, verstummte gegenüber einem Manne, dessen conservative Gesinnung nicht wohl in Zweifel zu ziehen und dessen bürgerliche Stellung und politische Vergangenheit von der Art war, daß man ihm eigensüchtige, ehrgeizige Hintergedanken kaum unterlegen konnte.

So überließen denn die Verfechter der Bundesstaatsidee in der zweiten Kammer gern und neidlos diesem so erwünschten Bundesgenossen den Vortritt in der gemeinsamen Sache. Nur um die Nachfolge der zweiten Kammer zu beschleunigen, wählte man hier fast gleichzeitig mit der ersten Kammer einen außerordentlichen Ausschuß für die deutsche Frage.

Bald jedoch stellte sich als ziemlich zweifellos heraus, daß in der ersten

Kammer eine Mehrheit für die Verfassung vom 26. Mai nicht zu erreichen sei. Selbst unter der Rechten dafelbst gingen die Ansichten über den in dieser Frage einzuschlagenden Weg nach allen Richtungen hin auseinander. Da war zuerst eine absolut ministerielle, halb großdeutsche, halb für das spezifische Sachsenthum schwärmende Fraction; da waren Andere, welche auf neue Offenbarungen von Seiten des Ministeriums oder auf neue Ereignisse warteten, die plötzlich das geträumte „Mittelreich“ zur Wahrheit machen sollten, und darum jede Entscheidung so lange als möglich offen halten wollten; eine dritte Fraction sah zwar die Nothwendigkeit des Bundesstaates ein, aber es schien ihr bedenklich, sich ohne Weiteres dafür zu erklären; als gute Juristen von alt-sächsischem Schrot wollten sie allerhand Clauseln, Reservationen und Fristen anbringen, um ja nichts zu übereilen; noch ein Theil endlich hoffte auf eine Verständigung mit Baiern und warnte vor jedem Schritte, der diese erschweren möchte. Derer, die, wie Carlowitz, entschieden und rücksichtslos direct auf das Ziel losgingen, gab es nur eine sehr kleine Zahl. Ohnedem war die Linke in der ersten Kammer verhältnißmäßig stärker, und der Rechten, wenn diese nicht ganz fest zusammenhielt, viel mehr überlegen als in der zweiten Kammer.

Bei solchen Ansichten ward die Frage: welche von beiden Kammern zuerst in der deutschen Frage Beschluß fassen solle, zu einer Lebensfrage für das Gelingen oder Mißlingen dieser Sache selbst. Daher ward in der Partei der Rechten die Frage angeregt, ob es nicht gerathener sein möchte, durch Einbringung eines besondern Antrags in der zweiten Kammer und schleunige Berichterstattung des Ausschusses darüber die Initiative der Berathung und Beschlußfassung dorthin zu übertragen. Aber theils formelle Bedenken, theils der Widerspruch, den die Mitglieder der ersten Kammer dagegen erhoben, ließen den Gedanken nicht zur Ausführung kommen. Indessen traten die Vorfälle des 7. Januar in Berlin dazwischen, welche die ganze Bewegung nach dem Bundesstaate hin für einen Augenblick in's Stocken brachten. Durch sie ward auch das, was man bisher für sicher halten durfte, von Neuem schwankend. Man konnte jetzt ebensowenig in der zweiten als in der ersten Kammer auf eine Mehrheit in der deutschen Frage mit nur einiger Zuverlässigkeit rechnen. Der Ausschuß der ersten Kammer stellte seine Arbeiten ein, ohnstreitig um die Entwicklung der Ereignisse abzuwarten; aber auch der Ausschuß der zweiten Kammer schien wenig Neigung zu haben, inmitten dieser Ungewißheit voranzugehen. So war man auf allen Seiten mehrere Wochen lang unthätig.

Endlich, am 15. Februar, kam in der ersten Kammer der Bericht des Ausschusses zur Verlesung. Er gewährte ein trostloses Bild von der Zerrissenheit der Kammer in ihren Ansichten über die deutsche Frage. Der Ausschuß, aus fünf Personen bestehend, ging in vier verschiedene Richtungen auseinander, von denen nur eine einzige zwei Mitglieder in sich vereinigte, aber auch dies nur dadurch,

daß Carlowiz seine Anträge aufgegeben und sich denen des Abgeordneten Rüttner angeschlossen hatte, welche freilich die präcise Fassung jener vermiffen ließen. Der Berichterstatter Schenk wollte zwar eine Wiederbeschickung des Verwaltungsrathes, aber zugleich „solche Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf vom 26. Mai, welche die Regierung nunmehr für nöthig erachte“, und eine Mittheilung des Resultates dieser Verhandlungen an die Kammern. Bis dahin sollten die Anträge des Abgeordneten v. Carlowiz auf sich beruhen. Mammen (ein Mitglied der ehemaligen Frankfurter Linken) verlangte die Berufung einer neuen Nationalversammlung auf Grund des Wahlgesetzes vom 27. Mai 1849 zur Revision der in Frankfurt beschlossenen Verfassung, insbesondere des „unausführbar gewordenen“ Abschnitts vom Reichsoberhaupt. Ein zweites Mitglied der Linken, gleichfalls ein ehemaliger Frankfurter, Joseph, „enthielt sich zur Zeit der Stellung specieller Anträge“, verfolgte also die beliebte Politik des Abwartens. Keiner der Antragsteller, außer dem Berichterstatter, hatte sich die Mühe genommen, die Motive seiner Anträge und die entscheidenden Momente der Frage, worüber Beschluß gefaßt werden sollte, in schriftlicher Auseinandersetzung der Kammer vorzulegen. Und doch wäre dies so nöthig gewesen für eine Versammlung, von welcher vielleicht mehr als die Hälfte noch ohne klare Vorstellung von der eigentlichen Sachlage, auch kaum im Stande war, eine solche aus den dickleibigen und dennoch unvollständigen Vorlagen der Regierung zu gewinnen. Der Bericht selbst war eine äußerst dürftige Arbeit. Er schloß sich fast in allen Punkten den Ansichten und Behauptungen der Regierung an, ohne tiefer eingehende selbstständige Prüfung, ohne höheres politisches und staatsrechtliches Urtheil; er hieß Alles gut, was die Regierung gethan, ein paar unbedeutende formelle Ausstellungen abgerechnet. In den Kammern circulirte das Witzwort: es sei ein Druckfehler auf dem Titel des Berichts; statt: „Berichterstatter Schenk“ müsse es heißen: „Berichterstatter Beust.“

Die Verhandlungen begannen am 16. Februar; sie währten zwei Tage. Nur drei Redner erklärten sich fest und bestimmt, ohne „Wenn's“ und „Wie's“, für den Anschluß an Preußen, die beiden Antragsteller Rüttner und v. Carlowiz und neben ihnen der Abgeordnete Kretschmar. Die Rede, in welcher v. Carlowiz seine Anträge begründete, war ein oratorisches Kunstwerk im edelsten Style. Die ganze altbewährte Meisterschaft des gewaltigen Redners leuchtete daraus hervor, noch verklärt durch das Medium des großen patriotischen Gedankens, in dessen reinem und warmem Aether sich diese Rede bewegte. In seinem frühern parlamentarischen Wirken war Herr v. Carlowiz durch seinen Standpunkt, den des historischen Rechts, vorzugsweise auf die Politik des Widerstandes gegen die vorwärtsdrängenden Tagesmeinungen angewiesen. Die „Marklosigkeit“ des Jahres 1848 (wie er es freimüthig nannte) fand daher begreiflicher Weise an ihm keinen sonderlichen Freund und Bewunderer. Aber ein großer schöpferischer Gedanke,

der aus der wirren Bewegung jenes Jahres hell emporleuchtete, riß auch seinen Geist von der bloßen Abwehr hinweg nach einem positiven Ziele hin — der Gedanke einer Neugestaltung Deutschlands im Sinne der Einheit und einer praktischen Freiheit, im Sinne des Bundesstaates mit constitutionellen Einrichtungen und starker einheitlicher Gewalt. Schon lange vor 1848 hatte Carlomag in der sächsischen Kammer dem alten Bundestage den Fehdehandschuh hingeworfen, hatte an zeitgemäße Befriedigung wohlberechtigter nationaler Bedürfnisse gemahnt — leider vergebens. In den drangvollen Tagen des Mai 1849 zum König berufen, um ihn zu berathen, um selbst wieder an's Ruder des Staates zu treten, soll er (so sagt ein Gerücht, welches in manchen Andeutungen dieser neuesten Rede des Herrn v. Carlomag eine Bestätigung zu finden scheint) von dem Widerstande gegen die Reichsverfassung abgemahnt haben, wie wenig auch Inhalt und Ursprung derselben seinen Grundfäden entsprechen mochte. Als echter Staatsmann, den Blick fest auf das hohe Ziel gerichtet, sah er über die Unebenheiten des Weges hinweg, und sein starker Glaube an die Nothwendigkeit und innere Kraft des nationalen Gedankens scheute auch vor solchen Formen nicht zurück, die von seinem Standpunkte aus ihm bedenkenerregend erscheinen mochten. Wie sehr mußte einen solchen Geist das kleinliche Gebahren des sächsischen Ministeriums anwidern, diese diplomatische Intrigue, deren höchster Zweck und Triumph darin besteht, daß Nichts zu Stande komme, und deren Mittel eben so zwerghaft sind wie ihr Zweck? Wie konnte er Gefallen finden an dem nebelhaften Schattenspiel großdeutscher Illusionen, an diesen ewigen „Vorschwabungen“, die niemals Fleisch und Bein werden, sondern nur dazu dienen sollen, den Blick zu verwirren und von dem Ziele einer festen Gestaltung Deutschlands abzuziehen?

Scharf und entschlossen trat Herr v. Carlomag dieser schwankenden, trügerischen Politik des Ministeriums entgegen. „Das Warten auf Oestreich“, begann er, „sagte ein bekannter preussischer Abgeordneter, ist der Tod der deutschen Einheit; ich sage das Warten auf Baiern, wie die Sachen jetzt liegen, und wie ich die deutsche Einheit verstehe, vielleicht nicht minder. In diesen wenigen Worten liegt bereits meine Abstinuung, liegt das Bekenntniß, daß das Ministerium in der deutschen Frage mein Vertrauen nicht besitzt.“ Und dann fuhr er fort: „Noch will ich glauben, so schwer mir dies fällt, daß es dem Ministerium mit der deutschen Einheit in der Form eines Bundesstaates Ernst sei, daß es mit uns einem Zwecke zustrebe und sich nur in der Wahl der Mittel zu diesem Zwecke vergriffen habe; aber vergriffen hat es sich darin, als es sich mit Preußen entzweite und die Idee eines demnächst zu beschickenden Reichstags verwarf, das ist meine feste, innige Ueberzeugung.“ Er schilderte sodann, wie nach dem Zerfallen der Frankfurter Versammlung und ihres Werkes Biele, selbst von denen, die anfangs nur auf jenem Wege das Heil für Deutschland gesehen, die Dreikönigs-

verfassung als der letzte Rettungsanker erschienen sei, an dem das strandende Schiff der deutschen Einheit sich noch festhalten könne.“

„Und gerade in diesem Augenblicke allmäliger Ausöhnung der öffentlichen Meinung mit dem Dreikönigsbündniß, in der Zeit kurz vor Eröffnung des Landtags, dessen Zustimmung man sich mit Recht vorbehalten hatte, tritt Sachsen zurück, bricht mit einem Staate, dem es noch kurz zuvor die Rettung aus den Händen der Anarchie verdankte, und nähert sich den in vieler Beziehung uns ferner stehenden süddeutschen Staaten.“

Der Redner beleuchtete hierauf die Geschichte des sächsischen Vorbehalts. Die rechtliche Giltigkeit desselben gab er zu, aber er leugnete, daß es politisch gewesen, ihn zu stellen, noch mehr von ihm Gebrauch zu machen. Das Erstere habe, da der Vorbehalt doch nicht geheim bleiben konnte, das Zustandekommen des Einigungswerkes gefährdet. Durch das Letztere sei Sachsen, indem es weder ganz vom Bündniß zurück treten, noch aber auch zu dessen Durchführung ferner mitwirken wolle, in eine völlig unhaltbare Lage gerathen. Sodann wird Oestreichs und Baierns Stellung zum Bundesstaate besprochen. Die erstere faßte der Redner in den Worten zusammen: „Oestreich läßt uns nur die Wahl zwischen einem Deutschland ohne Oestreich, oder gestehen wir uns offen: keinem Deutschland.“ Von Baiern sagt er: „Baierns unglückliche Halbheit zwischen groß und klein wird es kaum jemals zu einem großartigen Entschlusse kommen lassen; der Nothwendigkeit aber wird auch Baiern sich fügen und Opfer bringen müssen. Wer sich von Preußen los sagt, um sich an Baiern anzuschließen, der gebe nur die deutsche Einheit auf! Baiern ist vielleicht stark genug, das, was geschehen soll, auf eine Zeit lang zu hindern, es ist aber nicht stark genug, selbstständig zu schaffen.“

Unter den Gründen der Regierung für ihren Widerstand gegen das völlige Aufgehen im Bundesstaate, war einer, dessen scharfe Beleuchtung, wie man aus der späteren Entgegnung des Ministers sah, dessen empfindlichste Stelle berührte: „Es gibt ein Opfer,“ sagte Carlowiz, „welches zu bringen, wie mir scheint, der sächsischen Staatsregierung unsäglich schwer fällt; ob dem sächsischen Volke? das möchte ich noch bezweifeln. Es ist dies die Aufgebung des Rechts, das Ausland mit Gesandten zu beschicken. Aber mit Recht behauptet Preußen, daß diese Befugniß der einzelnen deutschen Staaten der wundeste Fleck im deutschen Staatsleben sei. Meine Herren! Was wir unter uns von der deutschen Einheit halten, darauf kommt im Ganzen weniger an, aber darauf kommt im Interesse eines starken und mächtigen Deutschlands unsäglich viel an, was das Ausland von dieser Einheit hält. Nie und nimmermehr aber wird das Ausland an diese Einheit glauben, wenn es neben den Gesandten des großen deutschen Bundesstaates auch noch die Gesandten einzelner deutschen Staaten empfängt. Ich halte dafür, daß ein Gesandter eines einzelnen deutschen Staates nicht mehr nützen könne, als ein Ge-

sandter des einigen starken Deutschlands; ich halte dafür — ich spreche dies offen aus, daß nur dynastische Interessen in Frage sein können, wenn sich irgend eine deutsche Regierung weigert, dem deutschen Bundesstaate gerade dieses Opfer zu bringen.“ Natürlich führte diese Betrachtung den Redner sogleich zu einer andern, wegen der Besorgniß vor angeblichen Mediatisirungsgelüsten Preußens. „Nein, meine Herren,“ rief er mit Bezug hierauf aus: „nicht sowohl Preußens Vergrößerungsgelüste ist es, welches die Selbstständigkeit der kleinen deutschen Staaten gefährdet, nein! ist es etwas, so ist es das Mißbehagen des deutschen Volkes an der meist so kleinlichen, so particularistischen und doch so schwachen Politik der kleinern Regierungen, das Mißbehagen des deutschen Volkes an der sogenannten Kleinstaaterlei. Ist es etwas, was mit der Zeit auch Sachsens Selbstständigkeit gefährden könnte, so ist es das immer höher ansteigende Ausgabenbudget, das zur Verarmung der Steuerpflichtigen führt, so ist es eine Heeresmacht, welche zu schwach ist, um unsere Selbstständigkeit gegen das Ausland, wäre sie wirklich bedroht, zu vertheidigen, und doch zu stark, um nicht das Land mit Abgaben zu erdrücken und im Geheimen den Wunsch aufkommen zu lassen, daß es besser sei, sich an einen größern Staat anzuschließen.“

Hier zum ersten Male brach ein Beifallsruf innerhalb der Kammer und auf den Gallerien los, der sich bei den folgenden Stellen dieser trefflichen Rede in steigender Lebhaftigkeit wiederholte. Der Redner fuhr fort:

„Das sind die wahren Feinde der Selbstständigkeit der kleinen Staaten, und diese Feinde wird man am Besten dann entwaffnen, wenn man den Geist, der Deutschland durchweht, zu begreifen vermag und ihm sein gebührendes Opfer bringt. Der Regent, der Volksstamm, welcher in diese Bahn rechtzeitig und freiwillig einlenkt, er wird noch am Meisten von seiner Selbstständigkeit retten, während diejenigen Regierungen, welche die Mahnungen der Zeit überhören, die nächste Catastrophe, die über Deutschland hereinbricht, verschlingen wird.“ (Mehrfaches Bravo!)

Es folgte nun Schlag auf Schlag. Jeder neue Redesatz hob die Hörer auf einen höhern Standpunkt, ließ sie die freiere Atmosphäre großer staatsmännischer und nationaler Gedanken athmen, entrückte sie mehr den engen Anschauungen eines kleinlichen Particularismus. Das specifische Preußenthum ist eines der Schlagwörter, womit man den sächsischen Patriotismus gegen das preussische Bündniß aufzustacheln sucht. Carlowitz, indem er dieses Sprachbild entlarvte, hielt zugleich jenem beschränkten Sachsenthum den Spiegel vor, in dem es seine eigenen Mängel erblicken sollte. „Ich gebe zu,“ sagte er, „daß eine gewisse Partei in Preußen ihre Zeit sehr schlecht wählt, um mit ihrem Preußenthum an's Licht zu treten, ich gebe zu, daß die Haltung dieser Partei für die beitretenen übrigen deutschen Stämme etwas Verletzendes haben kann. Aber vergessen wir auch nicht, daß der Nationalstolz Preußens seine Quelle zumeist in jener Zeit hat,

wo Preußen in glorreichem Kampfe vor allen andern deutschen Staaten das deutsche Vaterland aus fremder Knechtschaft rettete; vergessen wir nicht, daß ein Nationalstolz — wollte Gott, er wäre mehr das Erbtheil der deutschen Nation, als er es ist! — in die rechte Bahn geleitet, nur dem Gesamtvaterland zum Nutzen gereicht. Denn, wenn die Flammen, welche jetzt in der Brust so manches Preußen für sein specifisches Preußenthum lodern, einst in das deutsche Vaterland schlagen, — und ich hoffe das gewiß — dann mögen Deutschlands Feinde feststehen.“ (Lauter Beifall von vielen Seiten.)

Und jetzt, nachdem er alle Gründe, die gegen eine nähere Verbindung mit Preußen aufgeführt werden, siegreich widerlegt, jetzt ergriff der Redner plötzlich die Offensive und warf den Gegnern die Frage in's Gesicht: „Wer wußte denn bisher etwas Besseres vorzuschlagen?“ — „Oestreich? — Vergebens harrete man auf Oestreich, es blieb stumm. Baiern? Vergebens glaubte man, Baiern werde den Stein der Weisen gefunden haben, als einer seiner Staatsmänner sich geschäftig zwischen Wien und Berlin hin und herbewegte und sich in der Hoffnung gestiel, der große Pacificator Deutschlands zu werden. Baiern überschätzt seine Kraft. Baiern wird es kaum weiter bringen, als zu einigen unreifen Vorschlägen über Deutschlands Einigung nach bairischem Zuschnitt. Sachsen? Vergebens glaubte man, als die Regierung mit ihrer Vorlage über die deutsche Frage an die Kammern zauderte, Sachsens Regierung gehe mit einem großartigen Plane der Vereinigung Deutschlands um, habe für denselben die übrigen deutschen Staaten bereits gewonnen und werde nun mit diesem Plane vor die erstaunten Kammern treten und den unbescheidenen Frager beschämen. Keineswegs! Sachsen beschränkt sich in seiner Denkschrift auf einige magere Andeutungen über noch mit süddeutschen Staaten zu pflegende Unterhandlungen. Was Sachsen nicht will, das lehrt uns die Denkschrift; was Sachsen will, das ist ein Räthsel, zu schwer für einen Dedypus. Sehen wir gleichwohl, was Sachsens Regierung wollen könnte! Will sie vielleicht einen Staatenbund statt eines Bundesstaates, einen Staatenbund, ausgerüstet mit allerlei liberalen Institutionen? Aber die Zeit ist seitdem mächtig vorgeschritten, und, was vor wenig Jahren noch befriedigt hätte, das genügt jetzt nicht mehr. Die sibyllinischen Bücher werden mit den Jahren theurer. Oder will sie vielleicht das gesammte Oestreich mit seinen ungarischen, czechischen, italienischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat aufnehmen? Aber was ungarisch, czechisch, italienisch ist, kann ja eben nicht deutsch sein. Oder will sie Oestreich zwingen, seine Verfassung vom 4. März aufzugeben, um wenigstens mit seinen deutschen Landestheilen in Deutschland aufzugehen? Aber es scheint das eben Oestreich nicht zu wollen, vielmehr an seiner Verfassung festzuhalten. Oder will sie endlich, die Hand in den Schooß gelegt, unthätig harren, bis sich sämmtliche deutsche Regierungen gleichzeitig in einem und demselben Einigungsplane zusammenfinden? Glaubt sie, die deutsche Einheit werde, wie Pallas aus

Grenzboten. II. 1850.

Jupiters Haupte entspringen, urplötzlich eines schönen Morgens in aller ihrer Glorie vor uns stehen?“ (Vielfacher Beifall.)

„Nein, meine Herren, wohin man auch die Blicke wendet, immer scheint es, als ob der preussische Entwurf — freilich nur als ein Uebergang und noch nicht als ein vollendetes Ganzes, ich betone diese Worte, weil sie ein Angelpunkt meines Vortrags sind — den Vorzug verdiene. Möglich, daß es auch Preußen nicht gelingt, ein einiges Deutschland herzustellen. Aber das hat mich die Denkschrift gelehrt, daß Preußen vor allen andern deutschen Staaten der thätigste gewesen ist, in Verwirklichung der Idee einer deutschen Einheit, daß Preußen nie müde geworden ist, neue und immer neue darauf abzielende Vorschläge auf die Bahn zu bringen, und durch Einberufung des Reichstags den ersten thatsächlichen Schritt vorwärts thut. Andererseits dagegen, meine Herren, vernahm ich nur Phrasen, Phrasen über Deutschlands Einheit, die, wenn sie nicht bald zu Thaten werden, nachgerade anfangen, die Geduld des deutschen Volkes zu ermüden, und uns vor dem Auslande lächerlich zu machen. Und Zeit ist es, hohe Zeit, daß man von Worten zu Handlungen übergehe, damit nicht der Dämon der Revolution erwacht, und gestärkt durch den Mißmuth der in ihren edelsten Hoffnungen abermals getäuschten Nation das Vaterland in's Verderben stürzt. Noch thürmen sich freilich dem preussischen Entwurf Hindernisse von innen und außen mächtig entgegen, aber noch kann das Werk gelingen, wenn man nur unter Benützung der Erfahrungen, die das maßlose Treiben des Jahres 1848 an die Hand gegeben hat, wenn man nur frei von jeder Stammeseifersucht, frei von dynastischen Gelüsten schnell und muthig die Hand an's Werk legt! Denn der Kreuzzug nach dem gelobten Lande der deutschen Einheit, das kann nun einmal nur der noch leugnen, der mit Blindheit geschlagen ist, er hat begonnen, und ob, wie damals im Mittelalter, die ersten ungerichteten Schaaren, die sich in Bewegung setzten, durch ihren maßlosen Ungestüm zu Grunde gingen, ehe sie ihr Ziel erreichten, — der große Gedanke der deutschen Einheit, er lebt noch fort im Kerne der Nation und wird nicht ersterben. Darum, meine Herren, lenken wir in den alten Staatenbund wieder ein und harren anderweit 35 Jahre auf ein einiges und starkes Deutschland, oder geben wir ein großartiges Beispiel, das nicht ohne Nachahmung bleiben wird, schließen wir uns Preußen und seinen Verbündeten an, und beschicken auch wir den Reichstag. Ich fühle einerseits, daß die Zeit drängt, soll nicht der letzte Funke des Vertrauens erlöschen, das in dieser Frage Deutschlands Völker auf Deutschlands Regierungen setzen; ich sehe andererseits keinen andern, keinen bessern Ausweg, und darum ist und bleibt mein Wahlspruch: „mit Preußen und durch Preußen zu Deutschland.““

Bei diesem Schluß der Rede ward das Bravo auf den Gallerien besonders auf derjenigen der Mitglieder der zweiten Kammer so laut, daß der Präsident daran erinnern mußte, wie es Pflicht jedes Anwesenden im Saale sei, die Ruhe

und Würde der Versammlung nicht durch Ausdrücke des Gefühls zu stören „wie gerechtfertigt im einzelnen Falle dieses Gefühl vielleicht sein möge.“

Die Freude an dieser Rede, wenn auch nicht die Bewunderung des Redners, ward sehr getrübt durch den Gedanken an ihre praktische Erfolglosigkeit. Denn wer auch nicht schon aus den Privatverhandlungen außerhalb der Kammer erfahren hatte, daß die Sache des Anschlusses in dieser Kammer als eine völlig verzweifelte selbst von ihren eignen Anhängern betrachtet werde, der mußte aus dem Gange der Debatte entnehmen, daß sie es wirklich sei. Man übersah sehr bald, daß den Anhängern des Bundesstaates jeder Zusammenhalt, jeder Plan einmüthigen Handelns und gegenseitiger Unterstützung fehle. Was half es unter solchen Umständen, daß der Führer mit starkem Arm eine breite Gasse in die feindlichen Reihen brach? was half es, daß er am Ende des Gefechts noch einmal mit scharfen Stieben hier und dort und nach allen Seiten hin die Gegner niedermachte? Er blieb vereinzelt, von Wenigen rückhaltslos gefolgt, von Andern halb unterstützt, halb bekämpft, von Manchen, die unter derselben Fahne zu fechten vorgaben, sogar im Rücken angegriffen. In wohlgemeinter, aber wenig bedeutender Rede suchte nach Carlowitz Rüttner die gemeinsamen Anträge zu verfechten, in etwas schlagenderer, praktisch populärer Beweisführung trat ihm Kretschmar zur Seite. Weinlig, von dessen staatswirtschaftlicher Einsicht man eine gründliche Erörterung der materiellen Seiten der Frage, von dessen politischer Autorität als Mitglied des im Mai vor. J. um der Reichsverfassung willen zurückgetretenen Ministeriums man einen entscheidenden Einfluß zu Gunsten des Anschlusses an den Bundesstaat (als dessen erklärter Anhänger er bekannt war) gehofft hatte, vertiefte sich in allerhand unpraktische Subtilitäten in Betreff des Vorbehalts und stellte schließlich verschiedene besondre Anträge, die schwerlich eine Mehrheit für sich zu gewinnen, wohl aber die Mehrheit für die Hauptanträge, wenn eine solche überhaupt möglich war, zu beeinträchtigen Aussicht hatten. Noch größere Verwirrung brachte Mezler in die Reihen der Partei, als er eine Verschiebung der Beschlußfassung über sämtliche Anträge bis dahin verlangte, wo das Ministerium die versprochenen Mittheilungen über seine Unterhandlungen mit Baiern und Württemberg gemacht haben würde, „längstens jedoch auf 14 Tage.“ Zum Glück machte der Minister diesen Fehler wieder gut, indem er rundweg erklärte: die Regierung könne gar nichts Bestimmtes darüber sagen, bis zu welcher Zeit sie im Stande sein werde, die gewünschten Mittheilungen zu machen. Dadurch gewann Mezler die Gelegenheit eines leidlichen Rückzugs; er verwahrte sich gegen den seinem Antrag beigemessenen Character eines „Vertrauensvotums,“ versicherte mit etwas trotzigem Tone, „daß seine Geduld nun auch zu Ende sei,“ und zog den Antrag zurück. Der Berichterstatter endlich — ja was wollte er denn eigentlich? Er bezeichnete seine Anträge als „eine politische Demonstration, um der Regierung klar und augenscheinlich vor Augen zu legen, daß das sächsische Volk den lebhaften Wunsch hege, in der deutschen Ver-

fassungsfrage mit dem Brudervolke in Preußen Hand in Hand zu gehen;" aber er gab der Regierung vollkommen Recht, daß sie in das Bündniß mit Preußen ohne Baiern und Württemberg nicht eintreten wolle; er meinte „Sachsen habe Zeit zu warten;" er polemisirte gegen Preußen, gegen dessen mangelhaften Constitutionalismus, gegen die Bestrebungen der Aristokratie daselbst — mit einem ziemlich verständlichen Seitenhiebe auf Carlowitz — obgleich er zuvor gesagt hatte: Preußen habe den Beruf, in der Entwicklung des constitutionellen Lebens für Deutschland voranzugehen. Alles in Allem wollte er nichts Anderes, als die Regierung, nämlich: abwarten; — aber was? — von Neuem unterhandeln — aber auf welcher Basis? zu welchem bestimmten Endzweck? Das wußte er wohl nicht, wenigstens sagte er nichts Klares darüber und Carlowitz hatte unstreitig Recht, wenn er den Schenk'schen Antrag ebenfalls ein bloßes Vertrauensvotum für die Regierung nannte.

So stand es auf Seiten Derer, die wenigstens nicht von Haus aus gegen den Anschluß an Preußen waren. Ihnen gegenüber bildete sich eine compacte Repealpartei, allerdings aus den verschiedenartigsten Elementen gemischt, aber zusammengehalten durch die gemeinsame vis inertiae, die gemeinsame Politik des Regirens. Der Republikaner Wagdorf, welcher die Frankfurter Reichsverfassung um ihres erblichen Kaisers willen perhorrescirt, sich aber jetzt doch derselben als Waffe gegen die „verwerfliche" Verfassung vom 26. Mai bediente, verlangte in Gemeinschaft mit dem Großdeutschen Mammen eine neue Nationalversammlung, von welcher Mammen die Errichtung einer Directorialverfassung, Wagdorf die einer republikanischen Spitze erwartete. Hand in Hand mit diesen Beiden ging Poppe, der mehr als conservative Kramermeister von Leipzig, er, dem die Frankfurter Verfassung ebenfogut wie die vom 26. Mai eine „Chimäre" ist, der den Spruch des Ministers v. Beust: „ein wahrer deutscher Patriotismus müsse auf einem warmen Localpatriotismus fußen" in jener schönen Uebertreibung aufsaßt, vermöge deren ihm Sachsen über Deutschland, Leipzig über Sachsen, sein Geschäft aber über Alles geht; der in gleisnerischer Gunstbuhlerei mit der Linken Besorgnisse heuchelt wegen der durch die Berührung mit Preußen gefährdeten „freisinnigen Institutionen" Sachsens, und schließlich Alles der Regierung vertrauensvoll anheingibt, die „einen edleren und sicheren Weg" der Einigung Deutschlands finden werde, im Stillen aber hofft, sie werde gar keinen finden und folglich Alles beim Alten bleiben. Sie Alle wollten Nichts! Nichts! Nichts! Die Einen, weil sie ihre Zeit noch nicht für gekommen halten, die Andern, weil ihnen überhaupt jede große nationale Gestaltung zuwider ist und sie sich am behaglichsten fühlen in dem engen Winkel ihres „Localpatriotismus." Der schlaue Schweiger Joseph sprach kein Wort bei der Verhandlung, sondern brachte nur den Antrag ein, die Beschlußnahme über die Anträge von Schenk, Rüttner und Carlowitz „auf unbestimmte Zeit" zu vertagen. Das hieß, das Abwarten

und Nichtsthun zum System erheben. Consequent war das mindestens, und praktisch dazu, denn auf diese Weise präjudicirte man sich jedenfalls am Wenigsten.

Die Kammer verwarf zwar diesen Antrag mit 25 gegen 19 Stimmen, aber sie brachte ihn gleichwohl auf anderm Wege zur Verwirklichung, indem sie alle Anträge ablehnte und Nichts beschloß. Es war ein schmerzlicher Eindruck, der die zahlreich besetzten Gallerien durchzuckte, als der Präsident dieses negative Ergebniß der Abstimmung verkündigte. Der deutsche Bundesstaat war um eine Hoffnung ärmer, die Geschichte der deutschen Volksvertretung um eine traurige Erfahrung reicher geworden. Aber im den Mund des Kramermeisters Poppe spielte das gewöhnliche höhnische Lächeln, der Minister v. Beust konnte nur mit Mühe seine Freude verbergen, und Joseph erklärte diesen Tag für einen der glücklichsten seines Lebens.

Das waren die Verhandlungen der ersten sächsischen Kammer von 1850 über die deutsche Frage!

Das Parlament der deutschen Union und die Liga.

Die Parlamentshäuser zu Erfurt haben sich constituiert, die Geschäftsordnung ist vorläufig angenommen, die Abtheilungen prüfen die Vollmachten der Mitglieder, die Botschaften des Verwaltungsrathes sind dem Parlament mitgetheilt und die Commissionen für dieselben werden gebildet. Unter den Männern aber, welche dort versammelt sind, zeigt sich neben der ernsten Empfindung, daß ihre Thätigkeit verhängnißvoll für Deutschland ist, auch frischer Muth und das fröhliche Vertrauen, welches durch ein politisches Zusammenleben bedeutender Kräfte hervorgebracht wird. Der energische Wille, welcher sich jetzt im Gebiet der Union zeigt, hat die entsprechende negative Spannung in den Ländern der Liga hervorgerufen, das Bündniß der drei Königreiche, ein schlaues Versprechen des Beitritts von Oestreich, die Thronrede des Königs von Württemberg.

Ueber das Bündniß der drei Königreiche ist in allen Zeitungen unserer Partei so Vieles und Gutes gesagt worden, daß wenig Neues beizubringen sein dürfte. Es erschien in der Form eines Protokolls, welches die Grundzüge einer neuen Föderation Deutschlands enthält, einer unvollständigen, unpraktischen und — wie die Sachen jetzt stehen — unausführbaren Föderation. Eine Bundesregierung aus sieben Mitgliedern (Oestreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, die beiden größern Hessen*) welche an Instructionen ihrer

*) Baden nicht und die Mecklenburger nicht.